

## Europa ohne Kompass

Jochen Franzke

Die noch nicht ausgestandene Staatsschuldenkrise seit Ende 2009 hat Europa stärker verändert, als viele wahrhaben wollen. Es stellt sich die grundsätzliche Frage des Sinns der europäischen Integration. Vor allem die Glaubwürdigkeit des europäischen politischen Führungspersonals hat gelitten. Ohne Kompass wurstelt man sich seit mehr als zwei Jahren durch. Keine „rote Linie“, die nicht nach wenigen Wochen überschritten wurde, kein Masterplan, der nicht bald Makulatur geworden ist. Sieht man von dem ahistorischen „Krise als Chance“-Geschwafel ab, fallen Antworten über die Auswirkungen der Krise auf die europäische Integration überwiegend pessimistisch aus. Das Center for Security Studies der ETH Zürich kommt in seiner Studie „Strategic Trends 2012“ zu dem erschreckenden Schluss, dass durch diese Krise die Rolle der EU als Stabilitätsanker beschädigt sei und sich ihr langfristiger globaler Abstieg beschleunigt habe. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sei nur noch Schimäre. Die vom Lissabon-Vertrag eingeführten Neuerungen in diesem Bereich seien de facto rückgängig gemacht worden.

Die globale Finanzkrise hat die Re-Nationalisierung der politischen Entscheidungen in der EU beschleunigt. Dies geschieht ungleichmäßig. Die britische Regierung ist dabei (gestützt auf die in der eigenen Bevölkerung populäre Euroskepsis), sich wieder in *splendid isolation* zurückzuziehen. Über einen Austritt wird spekuliert. Frankreichs relativer Einfluss in der EU ist vor allem wegen seiner schlechten wirtschaftlichen Verfassung zurückgegangen. Deutschland steht weniger wegen der Staatskunst der Bundeskanzlerin, sondern mehr wegen seines positiven ökonomischen Zustandes als großer Gewinner dieser Entwicklung da. Dies stellt vor allem die deutsche Politik vor ein ernstes politisches Problem. Die Debatte um die Rolle der Deutschen in Europa ist zwar uralte. Mit der Finanzkrise ist sie aber plötzlich wieder hochaktuell geworden. Die sich verstärkende Dominanz Deutschlands wird in vielen EU-Ländern kritisch gesehen. Sie ist langfristig dem Projekt „integriertes Europa“ wenig zuträglich. Vor allem, wenn sich darauf eine neue Arroganz aufbaut, wie sie in dem wenig sensiblen Statement

„Jetzt auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen“ des Unions-Fraktionsvorsitzenden Kauder zum Ausdruck kam. Er wollte dabei zwar „nur“ den Vorbildcharakter deutscher Politik bei der Bekämpfung der Verschuldung sichtbar machen. Dies allein wird aber nicht genügen. Es müssen weiter reichende Konzepte her, die über eine simple Schuldenbremse hinausgehen: Ohne einen entsprechenden europäischen Konsens werden sie Makulatur bleiben.

Weiteres hat sich verschärft: Das meint in erster Linie die Kluft zwischen den politischen Eliten, zwischen Nord und Süd, zwischen Euro- und Nichteurostaaten, zwischen Gebern und Nehmern. Die Zweiklassengesellschaft in der EU hat sich verfestigt. Dies meint auch die Trennlinie zwischen „Brüssel“ und der europäischen Bevölkerung, auf die Preuß im Kommentar der letzten *WeltTrends*-Ausgabe hingewiesen hat. Die nächsten Wahlen zum europäischen Parlament 2014 sind ein ernster Testlauf, wie es um die Legitimität der europäischen Integration steht.

Zwei Partner sind und bleiben für die deutsche EU-Politik besonders wichtig: Polen und Frankreich. Polen hat in Gestalt seines Außenministers die Deutschen vor wenigen Monaten zu mehr Führungsstärke in Europa aufgefordert. Ein ungewöhnlicher Schritt. Leider ist in Berlin wenig zu spüren, diese Aufforderung in gemeinsame politische Aktivitäten umzusetzen. Frankreich ist im Präsidentenwahlkampf. Europas künftige Ausrichtung gehört zu den zentralen Themen. Der sozialistische Kandidat Hollande hat eine linke Renaissance Europas ausgerufen, setzt auf Wachstum statt Sparen. Der amtierende Präsident Sarkozy lässt sich als Retter des Euro und erfahrener europäischer Krisenmanager feiern. Zugleich spielt er die euroskeptische Karte, indem er der EU-Kommission vorwirft, sie habe Frankreich durch Marktöffnung und Deregulierung der Globalisierung zu stark „ausgesetzt“. In jedem Fall wird im Mai 2012 ein Sitz im französisch-deutschen Tandem neu besetzt, bevor es im Herbst 2013 zu Bundestagswahlen in Deutschland kommt. Danach geht die politische Schlacht um die Ausrichtung Europas in eine neue Runde. Der Lissabon-Vertrag gehört dann auf den Prüfstand. Neue europäische Weichenstellungen sind erforderlich. 🌐



apl. Prof. Dr. Jochen  
Franzke, geb. 1954,  
Universität Potsdam,  
stellv. Chefredakteur  
*WeltTrends*.  
j.franzke@welttrends.de